Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der Windkraft schließen sich den noch immer gültigen Forderungen des Darmstädter Manifestes zur Windenergienutzung an und planen 25 Jahre nach der Veröffentlichung des Manifestes zum 1. September 2023 eine „Darmstädter Demo“. Die Umweltschutzinitiativen wehren sich gegen die Pläne der Bundesregierung, den Ausbau der Windkraft weiter voranzutreiben.

„Wind-an-Land-Gesetz“

Die Bundesregierung hat das Ziel, den Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdoppeln. Die Windkraft spielt für sie dabei eine wichtige Rolle. Mit dem „Wind-an-Land-Gesetz“ will sie den Ausbau der Windenergie in Deutschland deutlich schneller voranbringen. Das Gesetz ist am 1. Februar 2023 in Kraft getreten.

Die Ignoranz, mit der die Verfechter der Windindustrie das ökologische, ökonomische und finanzielle Zerstörungswerk allen Warnungen und Protesten zum Trotz fortsetzen, ist leider nicht beispiellos. Die Mehrheit der Bevölkerung kann es nicht glauben, dass ihre Regierung einen Krieg gegen sie führt, um die „Große Transformation“ mit Hilfe der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zum Abschluss zu bringen. Die Windindustrie spielt in diesem Kriegsspiel tatsächlich „eine wichtige Rolle“.

Umweltschützer gegen Industrialisierung der Landschaft

Eine vernünftige Auseinandersetzung der Bundesregierung mit der Kritik von Umweltschützern findet nicht statt, wie der „Faktencheck: Vorurteile gegenüber der Windenergie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zeigt.

Kritiker der Windkraft werden in der Regel ignoriert, diffamiert und kriminalisiert. Als förderungswürdig gelten hingegen Einrichtungen, die Subventionen abgreifen, um das politische Credo zu bestätigen. Dies sind Erfahrungen von Umweltschützern, die sich seit der Veröffentlichung des Darmstädter Manifests gegen die Industrialisierung der Landschaft zur Wehr setzen.



Hunderte von Bürgerinitiativen halten es für inakzeptabel, dass die schädlichen Folgen der Windindustrie in unserem dichtbesiedelten Land verdrängt, wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert und Kritik tabuisiert werden.

Sie fordern, dass der Technologie Windkraft alle direkten und indirekten Subventionen entzogen werden. Stattdessen sollten in größerem Umfang öffentliche Mittel für die Entwicklung effizienterer Techniken und für eine Grundlagenforschungen bereit gestellt werden, welche wirkliche Lösungen für umweltverträgliche, grundlastfähige und nachhaltige Energieerzeugung erwarten lassen.



Fotograf: Ingo de Jonge, „Blick in den Arler Hammrich“

„Darmstädter Manifest“

Mit dem Darmstädter Manifest zur Windenergienutzung in Deutschland wandten sich anlässlich einer Pressekonferenz im Presseclub Bonn am 1. September 1998 über 100 Hochschullehrer und Schriftsteller an die Öffentlichkeit. Sie versuchten, Politiker, Kulturträger, Umweltverbände und Medien auf die negativen Folgen einer ausufernden Windenergienutzung aufmerksam zu machen und stellten an die verantwortlichen Behörden eine Reihe von Forderungen.

Die Unterzeichner kritisierten die fortschreitende Zerstörung der Landschaft und des kulturhistorisch gewachsenen Erscheinungsbildes im Umfeld von Städten und Dörfern, unzumutbare Belastungen für die Menschen, große Immobilienwertverluste, die Gefährdung der Tierwelt, die Förderung einer Technologie, die für Energieversorgung, Ressourcenschonung und Klimaschutz völlig bedeutungslos ist und die Vergeudung öffentlicher Fördermittel, die “wesentlich wirksamer zur Effizienzsteigerung der Kraftwerke, zum rationellen Energieverbrauch und zur wissenschaftlichen Grundlagenforschung im Energiebereich eingesetzt” werden könnten.

Diese Forderungen haben sich hunderte von Bürgerinitiativen gegen Windkraft zu eigen gemacht. Sie folgen jedoch keiner zentralen Regie und werden im Unterschied zur Anti-Atomkraft oder Klimaschutz-Bewegung in der Regel nur von lokalen Medien und nicht über die regionalen Grenzen hinaus wahrgenommen.

Dem Engagement vieler Bürgerinitiativen ist es jedoch zu verdanken, dass die Zerstörung der Landschaft an zahlreichen Orten ausgebremst werden konnte.

Initiativgruppe Darmstädter Manifest (pdf)

„Darmstädter Demo“ geplant

Mehr als 30.000 Windkraftindustrieanlagen wurden mittlerweile trotz der Proteste gebaut – ohne Rücksicht auf Menschen und Natur.

Die Rücksichtslosigkeit wurde 2023 in das „Wind-an-Land-Gesetz“ gegossen. Der Protest zahlreicher Umweltschutzinitiativen geht dennoch weiter. Umweltschützer schließen sich den noch immer gültigen Forderungen des Darmstädter Manifestes zur Windenergienutzung an und planen 25 Jahre nach der Veröffentlichung des Manifestes zum 1. September 2023 eine „Darmstädter Demo“.

Die Demo-Organisationsleitung hat Udo Bergfeld, 69483 Wald-Michelbach, im Klimaschutzgebiet „UNESCO Global Geopark Bergstraße-Odenwald“ übernommen.

Anmeldungen sind erbeten: e-Mail: bergfeldandfriends@gmx.de

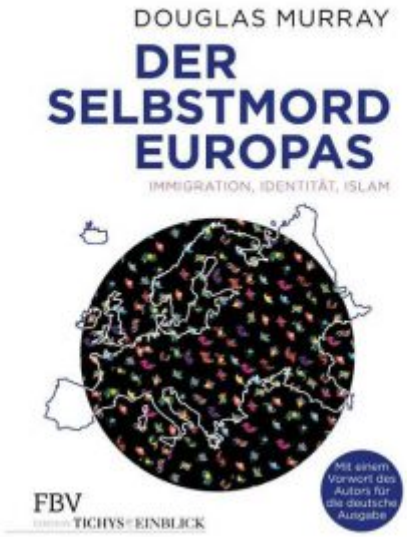
Fachleute aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaft, Kraftwerks-u. Elektrotechnik, Meteorologie, Physik, Medizin, Natur- und Rechtswissenschaften, die interessiert sind, mit einem Referat von 10 bis 15 Minuten als Referenten zum Erfolg der geplanten Kundgebung vor dem Regierungspräsidium Darmstadt/Luisenplatz beizutragen, können sich bei Udo Bergfeld melden.

Info-Darmstaedter-Demo-in-Planung

Titelbild: Ingo de Jonge, „Blick in den Arler Hammrich“

Gedankenexperiment zur Windenergienutzung

Werbung


DOUGLAS MURRAY
DER SELBSTMORD EUROPAS
IMMIGRATION, IDENTITÄT, ISLAM
FBV
TICHYS EINBLICK
Mit einem Vorwort des Autors für die deutsche Ausgabe